Erscheint wöchentlich einmal: Freitags.
Anzeigen: Die 6gespaltene Borgiszeile 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Eiche

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste.
Redaktion und Expedition: Ulm a. d. Donau, Neithardtstr. 14, Telef. 1442.

Organ des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/223. — Fernruf: Amt Königstadt 4720.
Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Fritz Barnholt, Ulm a. D., Neithardtstraße 14. — Geldsendungen an W. Zielke, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/223.

Nummer 42/43. | Ulm a. Donau, den 23. Oktober 1914. | 25. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis: Staatshilfe für die Arbeitslosen. — Ursachen und Wirkungen des Weltkriegs. — Menschenwert und Geldkapital. — Kriegsereignisse 1914 (Forts.). — Rundschau: Beteiligung an der Kriegsanleihe. Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe. Die Wahlen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Gegen die Teuerung. Gegen Lohndrückerei. Bleistiftfabrik vorm. Joh. Faber A.-G., Nürnberg. Besonderer Mahnruf an die Kunden buchhändlerischer Ratengeschäfte. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Schwelm. — Aus der Rechtsprechung: Die Anbringung von Sonderschutzvorrichtungen an Maschinen. Organisationsangehörigkeit als Zeugnisvermerk ist unzulässig. — Patentschau. — Literarisches. — Amtliche Bekanntmachungen: Zuschuß-Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands. Bekanntmachung der Sterbekasse des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands. An die Ortsvereinsvorstände! Zur dringenden Beachtung für die Ortsvereinsvorstände! — Briefkasten der Redaktion. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Staatshilfe für die Arbeitslosen.

Die Milderung der starken Arbeitslosigkeit muß jedem am Herzen liegen, der die Not beseitigen und das Wohl der Allgemeinheit fördern will. Daß es Aufgabe des Staates ist, hier helfend einzugreifen, ist selbstverständlich. Ueber die Staatshilfe für die Arbeitslosen bemerkt die „Nordd. Allg. Zeitung" folgendes:

Nicht ohne Berechtigung hat man nach der glänzenden Durchführung der militärischen und finanziellen Mobilmachung die wirtschaftliche Mobilmachung als dritte Aufgabe bezeichnet. Daß der Krieg tief in unser wirtschaftliches Leben eingreifen würde, wußten wir. Wir wußten, daß unter unseren Gegnern besonders England den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands als ausschlaggebenden Faktor in seine kriegerische Rechnung eingestellt hatte. Wenn sich die gegnerische Rechnung heute schon als falsch erwiesen hat, so ist das sowohl der soliden Organisation der deutschen Volkswirtschaft in der vergangenen Friedenszeit zu danken, als auch den energischen Maßnahmen, die sofort nach dem Krieg auch von der Reichsregierung und den Bundesstaaten von Kommunen und den starken wirtschaftlichen Verbänden ergriffen worden sind. Die gleichartige soziale Gesetzgebung war im Frieden mehr und mehr zur eigentlichen Grundlage unseres Wirtschaftslebens geworden. Der Fürsorge für die lohnarbeitenden Klassen wurde auch nach Ausbruch des Krieges unter allen staatlichen und privaten Hilfsaktionen eine erste Stelle eingeräumt. Die Verminderung, Stockung und zeitweise Stillegung zahlreicher gewerblicher Betriebe während der Kriegszeit schuf bald eine große Zahl von Arbeitslosen, vornehmlich in den großen Städten und Industriezentren. Daneben wurden durch die Einberufung zu den Fahnen andere Betriebe, und vor allem die vor den Erntearbeiten stehende Landwirtschaft, in mehr oder minder großem Umfange ihrer Arbeitskräfte beraubt. Diejenigen Betriebe endlich, welche für Armee und Flotte Lieferungen zu betätigen hatten, erfuhren eine bedeutende Belebung und mußten einen erhöhten Arbeiterbedarf empfinden. Es gilt schon jetzt, erstens zwischen Arbeitermangel und Arbeitslosigkeit einen Ausgleich zu schaffen, zweitens für die große Zahl von Arbeitslosen, die in anderen privaten Betrieben keine Beschäftigung finden konnten, zu sorgen.

Bereits heute ist festzustellen, daß gegenüber dem Kriegsanfange die Zahl der Arbeitslosen sich vermindert hat. Unter vollster Anerkennung der verdienstlichen Mitwirkung von Kommunen und Privaten darf gesagt werden, daß die jetzt schon fühlbare Verminderung der Arbeitslosigkeit auch nicht zum geringen Teile der wirksamen Maßnahme der Reichs- und Staatsbehörden zu danken ist. Unbedingt mußte und muß der Grundsatz festgehalten werden, daß, soweit irgend möglich, den Arbeitslosen nicht bloß durch unmittelbare Unterstützung, sondern durch Arbeitsgelegenheit geholfen werden müsse. Es ist dies weniger aus Gründen erforderlich, die auf wirtschaftlichem Gebiete liegen, als durch die Rücksicht auf die arbeitswilligen und arbeitsfähigen Arbeiter, denen es tunlichst zu ersparen ist, daß sie der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen. Wird sich dieser Grundsatz auch nicht überall und nicht für die ganze Dauer des Krieges in idealer Weise durchführen lassen, so wird ihm doch bis zur Grenze des Erreichbaren gefolgt werden müssen. Die Aufgabe, zwischen Arbeiterbedarf und Arbeitslosigkeit einen Ausgleich herbeizuführen, stand zunächst vor der Schwierigkeit, daß sich allenthalben in bester Absicht, aber unter Verkennung der durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte freiwillige und unbezahlte Hilfskräfte zur Verfügung stellten, sowohl für die Herstellung von Kriegsbedarf, wie für diejenigen Betriebe, denen die Mobilmachung Arbeitskräfte in großer Anzahl entzog. Das gilt zunächst für die bei dem Kriegsausbruch im vollen Gang befindlichen Erntearbeiten gegenüber dem Bestreben, die Einbringung der Ernte der Schuljugend zuzuweisen. Durch die im Reichsamt des Innern errichtete Zentralstelle des Arbeitsnachweises wurden 12 000 Arbeiter in der Landwirtschaft untergebracht. Den Militär- und Marinewerkstätten wurden Arbeitskräfte vermittelt, ebenso den Betrieben, die mit der Lieferung von Kriegsbedarf beauftragt sind. Die arbeitslosen Kalibergleute wurden in oberschlesische Hütten untergebracht. Landwirtschaftlichen Betrieben sind sächsische Arbeiter überwiesen worden. Dem Arbeitermangel in den Zuckerfabriken ist durch Ausgleich ebenfalls abgeholfen worden. Die Reichszentrale arbeitet zusammen mit den bestehenden Provinzialarbeitsnachweisen und Gewerkschaften. Durch vorhergehende Vereinbarungen der Arbeits- und Lohnbedingungen wird etwa möglichen Lohnstreitigkeiten wirksam begegnet. Den Bemühungen, einen Ausgleich zwischen dem Arbeitsbedarf und dem Angebot von Arbeitskräften zu schaffen, stehen naturgemäß nicht unerhebliche Schwierigkeiten gegenüber. Die Unternehmer müssen mehr als sie im Frieden gewohnt waren, ihre Ansprüche in bezug auf gelernte Arbeiter zurückstellen. Die Arbeiter werden nicht selten gegen bisher ungewohnte Arbeiten ihre in der Friedenszeit berechtigte Abneigung überwinden müssen. Für einzelne spezielle Betriebe wird es in der Tat schwer sein, geeignete Arbeitskräfte in genügender Zahl zu finden. Die öffentlichen und staatlichen Bemühungen können für die Dauer nur dann die vollen gewünschten Ergebnisse haben, wenn die Einzelnen sich willig den unbequemeren und schwierigeren wirtschaftlchen Bedingungen der Kriegszeit fügen. Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß der Ausgleich der Arbeitskräfte allein dauernd und durchgreifend Hilfe für die große Zahl der Arbeitslosen bringen kann, denn es steht der Arbeiterbedarf doch noch wesentlich hinter der Arbeitslosigkeit zurück. Gewiß ist man auf privater Seite bei Ausbruch des Krieges vielfach überstürzt vorgegangen. Man schränkte Betriebe ein oder legte gar solche still, die sehr wohl hätten aufrecht erhalten werden können. Bei zunehmender Beruhigung ist von hier aus allmählich eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten, ja, sie ist an einzelnen Orten, zumal in Berlin, bereits fühlbar. Eine wirklich zureichende Hilfe für die Arbeitslosen ist doch nur von großen und von vermehrten Arbeitsgelegenheiten erwartbar. Wenn in der Oeffentlichkeit wiederholt darauf hingewiesen ist, daß in erster Linie der Staat berufen sei, Arbeit für Arbeitslose bereit zu stellen, so darf gesagt werden, daß seitens des Staates in großem Umfange dem erwähnten Bedürfnis Rechnung getragen ist und weiterhin getragen wird.

Gerade in dieser Kriegszeit wird der Staat seine Stellung als der größte Arbeitgeber in vollem Umfange und unter aller praktisch möglichen Zurückstellung fiskalischer Rücksichten und Bedenken ausfüllen. Neben der Durchführung der für den Friedenszustand geplanten öffentlichen Bauten und Arbeiten soll auch mit der Begebung unmittelbarer Notstandsarbeiten vorgegangen werden. Es ist hervorzuheben, daß die Fortführung öffentlicher Arbeiten, die dem Friedensbedürfnis angepaßt waren, im Kriege praktisch als Notstandsarbeiten angesehen werden müssen und auch als solche wirken.

Oeffentliche Arbeiten, die im Frieden geboten waren durch die Bedürfnisse des wachsenden Verkehrs und die ständige Steigerung des wirtschaftlichen Lebens, werden im Kriege, der auf die allgemeine wirtschaftliche Tätigkeit und Betriebsamkeit notwendig lähmend wirkt, lediglich fortgeführt in Rücksicht auf die schwierige Lage des Arbeitsmarktes. Daneben muß ein Ausgleich zwischen der Arbeitslosigkeit und dem durch die Einberufungen zum Waffendienst verursachte Arbeitsbedürfnis natürlich besonders zur Geltung kommen bei den öffentlichen Arbeiten mit ihrer gewaltigen Arbeiterschaft. Unternimmt der Staat daneben noch unmittelbar Notstandsarbeiten in größerem Umfange, so muß eine Entlastung des Arbeitsmarktes sehr bald in Erscheinung treten. Es muß etwartet werden, daß die anfangs schwer lösbar erscheinende Frage der Arbeitslosigkeit allmählich so weit zur Geltung kommt, daß von einem nationalen wirtschaftlichen Notstand in großem Umfange nicht mehr gesprochen werden kann, wenn die Kommunen und auch Private dem Vorbilde des Staates folgen. Neben den Eisenbahn- und Wasserbauten werden die im großen Stile geplanten Meliorationsarbeiten in den Hoch- und Niederungsmooren die erste Stelle unter den öffentlichen Arbeiten einnehmen. Hierzu kommt die Fortführung bezw. Ausführung der in der Hauptstadt und den Provinzen begonnenen und geplanten Bauten für behördliche Zwecke. Die Leistungen und Lieferungen für die Staatsbahnen werden tunlichst aufrechterhalten werden, ungeachtet der verminderten Bedürfnisse. Nimmt man hinzu die Arbeitsgelegenheit, die für die dauernde Bereitstellung des Kriegsbedarfs geschaffen wird, sowie endlich die Arbeiten, die durch das Retablissement in der Provinz Ostpreußen notwendig werden, so ist die Erwartung berechtigt, daß die staatlichen Aufwendungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hinter der Größe der gestellten Aufgabe nicht zurückstehen werden.

Ursachen und Wirkungen des Weltkrieges.

Nach einem Vortrag von Stadtpfarrer **R. Dieterich-Ulm.**

Das Große, Gewaltige, Ungeheuerliche, das noch nie Dagewesene, der Weltkrieg ist in unseren Tagen zur Tatsache geworden. Die Zeit, die wir erlebt haben, können wir in vier Perioden einteilen. Die erste ist die letzte Juliwoche, die voll Bangens war: Kommt der Weltkrieg? Manch einer hat in den letzten Tagen der Woche kaum schlafen können. So war für viele die Mobilmachung eine Lösung der unerträglich gewordenen Spannung. Sie bedeutete den Krieg nach 43 Friedensjahren. Die zweite Periode ist die Zeit der Mobilmachung, deren Ruhe und Ordnung wir staunend und bewundernd miterlebten. Der deutsche Militarismus, das müssen ihm auch seine Gegner lassen, hat in diesen Wochen eine glänzende Probe seines Könnens abgelegt. Die deutsche Einigkeit hat sich großartig gezeigt. Hat im Jahre 1870 Frankreich auf den Zwiespalt zwischen Norden und Süden gerechnet, so rechneten die Feinde jetzt mit dem Zwiespalt der Klassen, Schichten, Parteien. Aber an jenem unvergleichlichen 4. August hat der Reichstag alle Parteien einig gefunden. Er verkörperte gleichsam ein einiges deutsches Volk. Und diese Einigkeit haben bald darauf deutsche Prinzen und ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, wie auch andere deutsche Soldaten aus allen Schichten mit ihrem Blut besiegelt. Als die dritte Periode können wir die Zeit der rasch aufeinanderfolgenden Siegesnachrichten ansehen, wo fast täglich Siegesgeläute und Siegesjubel durch die deutschen Lande ging. Auch die Beängstigung wegen Ostpreußen wich bald infolge der unvergleichlichen Siege Hindenburgs. Die vierte Periode wird dadurch gekennzeichnet, daß die Zeitungen von Verlustlisten beherrscht sind. Siege kosten Opfer. Und das Straßenbild bekommt durch das Schwarz der Trauerkleider ein ernsteres Ansehen. Außerdem wird diese Periode noch gekennzeichnet als eine Zeit des Wartens und Harrens, nicht für das Heer daußen, das täglich im Kampfe steht, wohl aber für uns. Das erfordert eine Geduldsprobe, die wir im Blick auf die Tapferkeit unserer Truppen bestehen müssen.

Der Sieg gegen Frankreich allein und der Sieg gegen Rußland allein entscheidet den Krieg noch nicht. Hinzukommen muß auch noch der Sieg gegen England. Da hat dann unsere Flotte die Hauptarbeit. Den Sieg auf wirtschaftlichem Gebiet haben wir gegen England schon errungen, ein Sieg, der uns gezeigt hat, daß das deutsche Wirtschaftsleben gesund ist. Wir können stolz darauf sein, daß wir bis jetzt diese Kriegszeit am besten überstanden haben von allen Völkern.

Wir sprechen von einem Weltkrieg. Haben wir dazu ein Recht? In Europa sind die Hauptvölker im Krieg gegen einander. Aber auch die andern Staaten sind in Mitleidenschaft gezogen. Und nicht bloß diese, sondern auch Afrika, Asien usw. Ein Mord steht am Anfang des Weltkrieges: die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin am 28. Juni in Serajewo. Die Kunde dieses Mordes wird in vielen die Frage angeregt haben: Was wird diese Tat zur Folge haben? Für Oesterreich stand ja immer die slavische Gefahr vor der Türe. Hinter dem Mord von Serajewo stand zunächst Serbien. Die geschleuderte Bombe stammte aus serbischen Militärdepots. Oesterreich mußte deshalb da unten mit eisernem Besen auskehren. Aber hinter Serbien stand, wie sich nun ergab, noch ein größerer, nämlich Rußland. Daß Rußland hinter Serbien steht, sehen wir nicht zum erstenmal; das war schon 1908 der Fall, wo Serbien bereit war, loszuschlagen. Damals war Oesterreich-Ungarn zum definitiven Abschluß seiner staatsrechtlichen Beziehungen zu Bosnien und der Herzegowina übergegangen. Bis dahin hatte es dieses Land vollständig verwaltet. Die Türkei wurde mit Geld abgefunden und hatte gegen die Angliederung dieser bis dahin eigentlich ihm gehörenden Staaten an Oesterreich-Ungarn nichts einzuwenden. Aber Serbien schäumte, weil es in dieser Handlung eine Vernichtung seiner großserbischen Pläne erblickte. Damals soll der deutsche Kaiser in Petersburg haben erklären lassen, daß, wenn es zum Krieg komme, Deutschland marschiere. Rußland gab nach, aus welchen Gründen wissen wir nicht; vielleicht war es wegen des japanischen Krieges noch zu geschwächt; vielleicht waren auch seine strategischen Bahnen noch nicht genügend ausgebaut. Ein Großserbien würde für Oesterreich das Ende seines Staatsverbandes bedeuten, da die Serben auch die Serbokraten, Slovenen usw. zu ihrem Großserbien schlagen wollen. Serbien war nur der Hund, den Rußland auf Oesterreich hetzte.

Zwischen Rußland und Deutschland bestand bisher die sogenannte „traditionelle" Freundschaft. Bismarck hatte seinerzeit mit Rußland einen Rückversicherungsvertrag abgeschlossen, den dann Caprivi löste, bei welcher Gelegenheit man überhaupt erst etwas von der Existenz dieses Vertrages erfuhr. Nunmehr fanden sich Rußland und Frankreich zusammen. Wie bei allen Völkern, so zeigte sich auch bei Rußland ein Drang ans Meer. Bei der Ostsee war diese Befriedigung nicht möglich. Deshalb warf Rußland von jeher seine Blicke auf Konstantinopel; es

will wieder auf der Hagia Sofia die Fahne des Kreuzes aufpflanzen; aber im Frieden von San Stefano (1878) wurde dieser Absicht ein Riegel vorgeschoben. Nunmehr verlegte Rußland seinen Schwerpunkt nach Ostasien, worin es von Deutschland unterstützt wurde. Als Japan nach dem japanisch-chinesischen Krieg sich auf dem Festland festsetzen wollte, ist ihm Rußland entgegengetreten, unterstützt durch Frankreich und Deutschland, während England sich zurückhielt. Allgemein hat man damals die Kraft Rußlands überschätzt und die Japans unterschätzt, das den russischen Bären im japanisch-russischen Krieg ordentlich in die Pfanne geschlagen hat. Jetzt wandte sich Rußland wieder nach Westen und Süden. Sein Diener war zunächst der Balkanbund, der sich unter seinem Schutze gegen die Türkei und gegen Oesterreich gebildet hat. Gegen die Türkei gelang es; aber über die Siegesbeute kamen die Sieger untereinander in Streit. Bulgarien, das das meiste im türkischen Krieg geleistet hatte, kam zu kurz weg. Deshalb mißlang der russische Plan gegen Oesterreich, weshalb Rußland sich Serbien allein dienstbar machte. Der Geist, der hinter diesen Bestrebungen sich befindet, ist der sogen. „Panslawismus". Soweit er dahin geht, daß alle Slaven kulturell zusammen gehören, ist er berechtigt, nicht aber, wenn gefordert wird, daß alle Slaven in einem Staat vereinigt sein sollen. Das ist nirgends in der Welt der Fall. Wenn wir verlangen würden, daß alle Deutschen im Deutschen Reiche leben müßten, dann würde das eine Menge Kriegserklärungen bedeuten. So hat sich ein russischer Gegensatz gegen uns und Oesterreich entwickelt.

Rußland steht aber nicht allein, sondern zusammen mit Frankreich. Was hätten Deutschland und Frankreich bei einem Zusammenstehen nicht alles leisten können! Es handelt sich aber hier um einen uralten Gegensatz. Ein Heilungsprozeß war schon im Gange. Noch jetzt haben wir die Empfindung, daß wir unsere Existenz nicht gegen Frankreich zu verteidigen haben. Es ist bedauerlich, daß ein so großer Freund des Friedens wie Jean Jaures einem Attentat zum Opfer fiel. Frankreich und England sind bei ihren kolonialen Ausbreitungen schon häufig zusammengestoßen, besonders bei Faschoda. Es ist merkwürdig, wie rasch dieser Zwischenfall, der in Frankreich zuerst ungeheure Aufregung hervorgerufen hatte, vergessen war. Was daran schuld ist, wissen wir nicht; vielleicht wurde damals schon wegen Marokko ein Abkommen getroffen. Von nun an hat Frankreich auf eine selbständige Politik gegenüber England verzichtet; auch gegenüber Rußland. Es wurde der Bankier für dieses, das von ihm bis jetzt über 20 Milliarden erhalten hat, was einer jährlichen Zinseneinnahme von 800 Millionen entspricht. Deshalb muß Frankreich viel daran liegen, daß Rußland nichts geschieht. Aus diesem Grunde hat Rußland Frankreich in der Tasche. Sonst ist es umgekehrt: der Schuldner ist vom Gläubiger abhängig. Elsaß-Lothringen das nur etwa 200 Jahre unter französischer Herrschaft war, ist eigentlich deutsches Gebiet. Aber der Revanchegedanke und elsässische Verräter, wie wir jetzt wissen, haben dies in Frankreich vergessen lassen, weshalb dort die Stimmung von 1870 geblieben ist.

Aber das alles hätte noch nicht genügt, um den Weltkrieg ausbrechen zu lassen, wenn nicht England ihn hätte haben wollen. England ist unser gefährlichster Gegner und der eigentliche Urheber des Weltkrieges. Früher ging England immer mit Preußen und Deutschland gegen Frankreich und Rußland, so z. B. mit Friedrich dem Großen und später gegen Napoleon. Aber allmählich wurde Deutschland ein beachtenswerter Posten in Europa. Niemand wußte 1870, wie die neue Tatsache „Deutsches Reich" politisch und wirtschaftlich zu werten sei. England wußte das lange nicht, sogar damals noch nicht, als es Helgoland gegen Wituland eintauschte. Die Eifersucht Englands gegen uns wurde immer größer, weil das deutsche Wirtschaftsleben, die deutsche Bevölkerung (1870 : 40 Millionen, 1915 : 70 Millionen) die deutsche Industrie und der deutsche Handel (Einfuhr und Ausfuhr 1880 : 5 Milliarden, 1912 : 21 Milliarden), die deutsche Flotte zum Schutze des sogen. „Größeren Deutschland" immer mehr wuchs. Bereits 1897 schrieb eine englische Zeitschrift, daß die Vernichtung Deutschlands notwendig sei. In jener Zeit begann auch die Einkreisungspolitik Eduards VII. Es kam das Abkommen mit Rußland und mit Frankreich zustande. Auch versuchte Eduard in Marienbad Oesterreich abspenstig zu machen, was ihm aber mißlang. Vielleicht stellt es sich jetzt heraus, was alles damals diesem angeboten wurde. Im August und September 1911 drohte wegen Marokko abermals ein Krieg. Die englische und deutsche Flotte waren schon im kriegsbereiten Zustand. Warum es nicht zum Kriege kam, ist nicht bekannt; vielleicht wegen Rußland. Jetzt wollte England den Krieg. Das ergibt sich aus der Probemobilmachung der englischen Flotte vom 15. Juli, aus dem Verbot vom 26. Juli, das Kabel für deutsche Telegramme zu benützen und endlich die Kriegserklärung vom 4. August. England will sich einen gefährlich gewordenen Handelskonkurrenten vom Halse schaffen. Deshalb soll die deutsche Handels- und Kriegsflotte vernichtet werden, damit England wieder unumschränkter Herr des Meeres ist. Im friedlichen Wettkampf Deutschland zu besiegen, trauen sich die englischen Staatsmänner nicht mehr zu. Das deutsche Volk ist aus seiner politischen Zersplitterung herausgekommen und zu einer gewaltigen wirtschafts- und handelspolitischen Macht herangediehen.

Als 1866 nach der Besiegung von Oesterreich Bismarck die schwersten Kämpfe gegen König Wilhelm und den Generalstab führte, die durchaus ein Stück Oesterreich haben wollten, war diese Haltung klug. Denn damit war erst das Bündnis, das sich in der Zwischenzeit bewährt hat, möglich geworden. Die Konferenz von Algeciras zeigte uns Oesterreich als „brillanten Sekundanten" und im Balkankrieg hielten wir Oesterreich die „Nibelungentreue". Manche Deutsche haben 1866 und 1870 schwer daran getragen, daß ein Deutschland ohne Oesterreich sich bildete. Sie hätten lieber gesehen, wenn auch die Oesterreicher im neuen Reiche gewesen wären. Nun scheint sich etwas Aehnliches auf anderem Wege heranzubilden, nachdem in diesem Kriege Deutschland und Oesterreich auf Gedeih und Verderb zusammenstehen. Deutschland muß siegen, denn sonst geht es zu Grunde. Es ist also ein Verteidigungskrieg, den wir führen müssen. Einen Eroberungskrieg könnten wir nicht in der Stimmung mitmachen. Wir wollen halten, was unsere Väter erstritten und was unser deutsches Volk in saurer Friedensarbeit erworben hat. In diesem Kriege handelt es sich nicht bloß um Deutschlands Bestand, sondern auch um deutschen Geist, deutsche Sitte, deutsches Wesen, deutsche Art und deutsche Gedanken, die wir behalten wollen. Wenn das Deutsche Reich niedergeworfen und zertrümmert werden würde, dann wäre es aus mit unserem Einfluß auf die Welt und auf die Weltgeschichte und auf die Menschheitsentwicklung. Eine Niederlage hätte die unabsehbarsten Folgen. Wir haben den Willen zum Sieg durch die furchtbarsten Opfer hindurch. Aber in der Heimat ist man vielfach noch nicht zu der Opferwilligkeit gediehen, die erforderlich ist, um durch die drohenden Gefahren hindurchzuführen.

Der Weltkrieg wird aber auch auf das geistige Leben einen Einfluß haben. Wir wollen ihm im Ertrag dieser Zeit spüren. Der Weltkrieg darf nicht spurlos vorübergehen an unserem Volke in sozialer Beziehung, wo den sozialen Kämpfen der giftige Stachel genommen werden muß. Es ist geradezu eine Verheißung, daß ein deutscher Prinz und ein sozialdemokratischer Abgeordneter als Kriegsfreiwilliger gemeinsam geblutet haben. Die Kameradschaftlichkeit im Feld zwischen Offizier und Soldat wird nachher auch im bürgerlichen Leben seine Wirkungen zeigen. Als weiteres Ergebnis des Krieges hoffen wir auf eine Neuorientierung des Verhältnisses der Konfessionen zu einander. Die Männer, die unter der Einwirkung des Krieges gemeinsam die Hände gefaltet haben, werden wohl keinen Geschmack finden an kleinlichen und unnötigen Streitereien. Natürlich werden nach wie vor Unterschiede über die Auffassung der christlichen Religion bestehen, die nicht aus der Welt zu schaffen sind. Aber gegenseitige Achtung und Verständnis muß wachsen. Wir hoffen ferner, daß das Volk aufs neue und ganz anders aufschauen lernt zu den ewigen Gütern, zu den über den Menschenschicksalen leuchtenden höchsten und idealen Zielen. Kürzlich schrieb ein Landwehrmann, daß im Felde draußen sich niemand an seinem Gebet- oder Gesangbuch schäme. Das ist die richtige Gesinnung. Wir müssen uns wieder besinnen lernen auf das was bleibt, auf die ewigen und idealen Güter.

Wenn der Weltkrieg diese Bedeutung gewinnt, in sozialer Beziehung versöhnend zu wirken, in konfessioneller Beziehung ausgleichend zu sein und den Blick nach oben zu richten, dann ist unser deutsches Volk jedem Weltkrieg gewachsen und kann getrost in die Zukunft blicken.

H.

Die Jungen können und die Alten müssen sterben!

Deshalb versichere jeder Kollege sich und seine Frau und Familienangehörigen auch für den **Sterbefall.**

Die besten Bedingungen bietet hierzu unsere

Sterbekasse.

Sterbegeld wird nach folgender Stufenleiter gegen Leistung beistehender Beiträge gezahlt:

Stufe I	90	Mk.	bei einem	Wochenbeitrag	von	5	Pfg.
„ II	144	„	„ „	„	„	8	„
„ III	180	„	„ „	„	„	10	„
„ IV	270	„	„ „	„	„	15	„
„ V	360	„	„ „	„	„	20	„
„ VI	450	„	„ „	„	„	25	„

Anmeldungen zur Aufnahme nimmt der Kassierer des Ortsvereins entgegen. — **Auskunft** erteilt auch das Büro Berlin NO 55, Greifswalderstr. 221/23.

Menschenwert und Geldkapital.

Die täglich zur Veröffentlichung gelangenden Verlustlisten, die so viel Trauer über zahlreiche Familien bringen, regen zu einer Schätzung des Wertes an, der in jedem unserer Krieger steckt. In Friedenszeiten hat man den Wert der Menschen — so schreibt die „Konjunktur" — nicht so geschätzt, wie es jetzt angesichts des Massentodes der Fall ist. Im Felde, da ist der Mann noch was wert. Und dieser Wert sei nun auch wirtschaftlich in Ziffern ausgedrückt. Vor einiger Zeit hat man Untersuchungen über den Wert des deutschen Volksvermögens angestellt, hat aber bei dieser Schätzung nur die toten Güter und die Tiere berücksichtigt. Man ist bis zu einem Werte von 350 Milliarden Mark gelangt, indem man den Wert aller Vermögensstücke in Geld ausgedrückt und gewissermaßen zu Geldkapital gemacht hat. Nun, wenn schon unser kapitalistisches Zeitalter alle Werte in Geld auszudrücken beliebt, so kann und darf man auch den Menschen nach der nämlichen Methode bewerten. Man wird dann sehen, daß der Wert der Menschen ganz erheblich größer ist als der Wert der toten Güter und Tiere. Um die Bewertung der Menschen zu ermitteln, kann man verschiedene Wege gehen. Bei einer Wertung unserer Armee und Flotte geht man am besten, um eine rohe Schätzung zu erreichen, davon aus, daß ein Soldat auf Grund seiner Tätigkeit im Frieden mindestens seine 1000 Mark im Jahre verdient. Die Summe ist gewiß nicht zu hoch, sondern eher zu niedrig. Aber auch so repräsentiert dann bei einer Kapitalisierung mit 4 Prozent jeder Soldat einen Wert von 25 000 Mark. Eine Million Soldaten hat dann einen Vermögenswert von mehr als 25 Milliarden Mark, vier Millionen einen solchen von mindestens 100 Milliarden. Diese Berechnung in Bausch und Bogen zeigt, welche Werte in diesem Kriege auf dem Spiele stehen. Wenn die vierte Verlustliste 208 Tote, Verwundete und Vermißte aufweist, so sind, volkswirtschaftlich ausgedrückt, Werte von mehr als 5 Millionen Mark zerstört, teilweise sogar ganz vernichtet. Aber der Wert der Menschen wird durch ihren auf Geldkapital gebrachten Ausdruck natürlich bei weitem nicht erschöpft. Was diese Berechnung zeigen soll, das ist nur das eine, daß alle unsere anderen Kapitalgüter gegenüber den Menschen geringwertig sind, daß sie erst durch die Menschen ihren Wert gewinnen, steigern und halten können. Das sind alles Wahrheiten, die am Wege liegen, die wir aber oft nicht mehr gesehen haben, weil man eben Selbstverständlichkeiten nicht mehr beachtet. Nun ist's mit einem Schlage anders: der Wert der Menschen, die das Vaterland zu schützen haben, ist heute so hoch, daß man unsere nüchterne Schätzung vielleicht nicht einmal gelten lassen will. Lebendiges Kapital wird geopfert, müssen wir opfern, um unserer Feinde Herr zu werden, lebendiges Kapital nach Millionen und Milliarden Mark. Sollte angesichts dieser Tatsache nicht auch der Besitz an totem Kapital Opfer bringen müssen! Diese Frage aufwerfen, heißt sie unter

Kriegsereignisse 1914.

Sonntag, 23. August.

Die über die Sémois vorgedrungene französische Armee wird bei Neufchâteau im belgischen Luxemburg von den unter dem Oberbefehl des Herzogs Albrecht von Württemberg stehenden Truppen vollständig geschlagen. — Westlich der Maas erreichen unsere Streiter die Festung Maubeuge und vernichten eine dort auftretende englische Kavalleriebrigade.

* * *

Auf das japanische Ultimatum wird dem japanischen Geschäftsträger in Berlin mündlich mitgeteilt, daß die deutsche Regierung auf die Forderungen Japans keine Antwort zu geben hat und sich veranlaßt sieht, ihren Botschafter in Tokio abzuberufen und dem japanischen Geschäftsträger in Berlin seine Pässe zuzustellen.

Montag, 24. August.

Der in Palermo eingetroffene deutsche Geschäftsträger in Tanger meldet, daß ihm die marokkanische Regierung am 19. Aug. die Pässe zugestellt und ihn samt dem Gesandtschaftspersonal nach Palermo geschafft hat. Diese Handlungsweise bedeutet seitens Marokkos und Frankreichs einen beispiellosen Bruch des Völkerrechts.

* * *

Im Auswärtigen Amt in Berlin gibt der österreichisch-ungarische Botschafter die Erklärung ab, daß das österreichische Kriegsschiff „Kaiserin Elisabeth" in den Gewässern von Tsingtau auf deutscher Seite mitkämpfen wird. — Die diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Japan werden abgebrochen.

Dienstag, 25. August.

Die okkupierten Teile Belgiens kommen unter deutsche Verwaltung, zum Generalgouverneur wird Generalfeldmarschall von der Goltz ernannt. — Der Stadt Lüttich wird eine Kriegsschatzung von 10 Millionen Mark, der Provinz Lüttich eine solche von 50 Millionen Mark auferlegt.

* * *

Bei Krasnik erringen die Oesterreicher nach einer dreitägigen Schlacht einen völligen Sieg über die Russen, die auf der ganzen Front fluchtartig auf Lublin zurückgehen.

Mittwoch, 26. Juni.

Nach mehrtägiger Beschießung fällt die belgische Festung Namur in deutsche Hände. Das gleiche Schicksal erleidet die französische Festung Longwy.

* * *

Neuerdings aus Verdun vordringende Streitkräfte werden von der Armee des deutschen Kronprinzen zurückgeschlagen.

* * *

Im finnischen Meerbusen fährt der deutsche Kreuzer „Magdeburg" auf Grund und muß in die Luft gesprengt werden, um nicht den Russen in die Hände zu fallen.

* * *

Das französische Kabinett ist durch eine abermalige Neubildung auf eine breitere Basis gestellt worden. Das Präsidium behielt Viviani.

Donnerstag, 27. August.

Die englische Armee, der sich französische Territorialdivisionen angeschlossen hatten, wird bei St. Quentin vollständig geschlagen. Von Cambrai bis zu den Vogesen ist der Feind überall zurückgeworfen und befindet sich in vollem Rückzug.

* * *

Oesterreich-Ungarn tritt mit Belgien in den Kriegszustand.

Freitag, 28. August.

Das stärkste französische Sperrfort, Manonviller, östlich von Lunéville, fällt in deutsche Hände.

* * *

In Odessa ist die Revolution ausgebrochen.

Samstag, 29. August.

Einen glänzenden Sieg erringen unsere Truppen an der Ostgrenze unter Führung des Generalobersten v. Hindenburg über das in überlegener Stärke vertretene russische Heer. Bei dieser Niederlage geraten 70 000 Russen, darunter kommandierende Generäle und 300 Offiziere, in Gefangenschaft. Drei Armeekorps und die gesamte feindliche Artillerie werden vernichtet. Kampfgebiet ist die Gegend Gilgenburg-Ortelsburg.

* * *

Bei einem Zusammenstoß in der deutschen Bucht der Nordsee mit englischen Kreuzern und Zerstörern sinkt nach erbitterten Einzelkämpfen S. M. S. „Ariadne". Auch das Torpedoboot V 187 wird in die Tiefe gebohrt. Vermißt werden die Kreuzer „Köln" und „Mainz", die nach englischen Berichten gleichfalls im Kampf mit überlegenen Gegnern gesunken sein sollen. Den englischen Schiffen wurden schwere Beschädigungen beigebracht.

Sonntag, 30. August.

Auf Zar Nikolaus wird ein Revolverattentat verübt, der Zar bleibt unverletzt.

* * *

Pariser Blättermeldungen zufolge hat der Oberstkommandierende der französischen Armee, General Joffré, wegen Differenzen unter den Generälen seinen Abschied verlangt.

* * *

Auf Samoa wird die fast wehrlose Stadt Apia durch die Engländer zur Kapitulation gezwungen.

Montag, 31. August.

In den neutralen Gewässern der spanischen Kolonie Rio del Oro wird der Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm der Große" von dem englischen Kreuzer „Highflyer" zum Sinken gebracht. Großbritannien hat sich damit einen Bruch des Völkerrechts zuschulden kommen lassen.

* * *

Wie nunmehr feststeht, verwendeten französische und englische Soldaten sogen. Dum-Dum-Geschosse, die laut Haager Kriegsordnung verboten sind. In Longwy fand man eine maschinelle Einrichtung zur Herstellung dieser Geschosse auf.

(„Fortschritt".)

den heutigen Verhältnissen bejahen. Wenn unsere lebendigen Kapitalschätze sich dezimieren lassen, dann wird das angesammelte tote Geldkapital erst recht für die Schäden einzustehen haben, die der Krieg im Gefolge hat. Dann schadet es nichts, sondern es ist nützlich, wenn von den 350 Milliarden Vermögenswerten für staatliche Zwecke, zur Linderung der Not und zur Aufrechterhaltung einer geregelten Wirtschaft ein kräftiger Prozentsatz flüssig gemacht und verausgabt werden muß. Zu den Opfern des Krieges muß jede Privatwirtschaft nach ihrer Leistungsfähigkeit Gut und Blut beisteuern. Durch die allgemeine Wehrpflicht werden bei der Hergabe von Männern für die Landesverteidigung alle Privatwirtschaften gleich getroffen. Anders liegen die Dinge bei der Hergabe von Mitteln zur Durchhaltung eines großen Krieges, der den wirtschaftlichen Verkehr auf eine völlig neue Grundlage schiebt. Hier muß dem begreiflichen, aber im Kriegszustand nicht zu rechtfertigenden Egoismus der einzelnen Privatwirtschaft bei Zeiten entgegengewirkt werden, damit der wirtschaftliche Verkehr nicht zum Erlahmen kommt. Nur die weitgehendste Flüssigmachung toten Kapitalbesitzes vermag in den kommenden Monaten den Geschäftsverkehr zu beleben und lebendig zu erhalten.

Rundschau.

Beteiligung an der Kriegsanleihe.

Von den Deutschen Gewerkvereinen (H.-D.) haben sich einige an den Zeichnungen für die Kriegsanleihen beteiligt, die Sterbekasse unseres Gewerkvereins der Solarbeiter mit 64 600 Mark. Im Ganzen sind annähernd 100 000 Mark von den Gewerkvereinen gezeichnet worden.

Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe.

Die großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Baugewerbes und der Nebengewerbe haben am 15. Oktober 1914 in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, welche danach streben soll, zur Erhaltung der Volkskraft während des Krieges die darniederliegende Bautätigkeit möglichst zu heben. Die Arbeitsgemeinschaft wendet sich zu diesem Zwecke an die Behörden des Reiches und der Bundesstaaten und an die Gemeinden mit der dringenden Bitte, die schon beschlossenen Bauten auszuführen und umgehend Mittel für weitere Bauten bereit zu stellen. Sie wird ferner bei den in Betracht kommenden kapitalkräftigen Stellen auf eine Erleichterung der Kapitalbeschaffung zur Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit hinwirken. Sie wird weiter eine planmäßige Vermittlung der Arbeitskräfte, insbesondere für den Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Landesteile anstreben. Sie wird die Behörden ersuchen, von den Uebernehmern gewerblicher Arbeiten die Innehaltung der tariflichen und ortsüblichen Arbeitsbedingungen zu verlangen, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten, um einer möglichst großen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verdienst zu verschaffen, wird es den örtlichen Verbänden anheimgestellt, sich über eine zweckmäßige Verkürzung der Arbeitszeit zu verständigen.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen bildet die Arbeitsgemeinschaft einen Zentralausschuß, dem 5 Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände und 5 Vorstandsmitglieder der freien und christlichen Gewerkschaften sowie der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine angehören. Es wird beabsichtigt, in den einzelnen Provinzen Bezirksausschüsse und in den größeren Arbeitsorten örtliche Ausschüsse in ähnlicher Zusammensetzung zu bilden, welche sich in dauerndem Zusammenarbeiten der Durchführung dieser Maßnahmen widmen werden.

Dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände gehören rund 60 000 Arbeitgeber an, den beteiligten Arbeiterorganisationen rund eine Million Arbeiter.

Die Wahlen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 folgende Verordnung erlassen: Die Amtsdauer der Beisitzer der Gewerbegerichte und der Kaufmannsgerichte wird, soweit sie vor dem 31. Dezember 1915 abläuft und die Neuwahlen nicht bereits stattgefunden haben, bis zum 31. Dezember 1915 verlängert. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Gegen die Teuerung.

Der Zentralrat und die Verbandsleitung der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.) haben an den Stellvertreter des Herrn Reichskanzlers, Staatsminister Dr. Delbrück, eine Eingabe gerichtet, in welcher gewünscht wird, daß durch eine Reichskommission die Höchstpreise für Getreide und die anderen Mühlenfabrikate festgesetzt werden. Begründet wird diese Eingabe mit dem Hinweis, daß die Preise für Hülsenfrüchte fast um das Doppelte gestiegen sind und auch der Preis des Getreides zu unerschwinglicher Höhe hinaufgetrieben worden ist. Die Eingabe behauptet daher gewiß nicht zu viel, wenn sie diesen Preiswucher eine Ausbeutung der Not des Volkes nennt. Deutschland und Oesterreich sind im Weltkriege vom Export der Waren fast ganz ausgeschlossen, und ebenso vom Import benötigter Rohstoffe. Daraus entstand eine Arbeitslosigkeit von einem bis dahin unerhörten Umfange. Wenn in solchen Zeiten Wucher mit den nötigsten Lebensmitteln getrieben wird, dann kann das für die Massen von Arbeitslosen und viele kleine Gewerbetreibende zu einer schweren Notlage führen. Es wäre deshalb dringend zu wünschen, wenn durch die staatlichen Organe unter Mitwirkung der Gemeindebehörden auch die örtlichen Preise für die Waren der Bäcker und Händler festgesetzt würden. Der Ertrag der Kriegsanleihen habe gezeigt, daß Deutschlands wirtschaftliche Kraft noch unerschüttert feststeht. Indes sei es nötig, daß unser Reich Maßnahmen trifft, die den Mißbrauch mit den Preisen der Lebensmittel verhindern.

Gegen Lohndrückerei

hat auch das Bekleidungsamt des 4. Armeekorps in Magdeburg energisch Stellung genommen. Einer Konfektionsfirma in Halle, die militärische Aufträge auszuführen hatte, ist folgende Zuschrift zugegangen:

„Das Amt erfährt durch die dortige Handwerkskammer, daß die dortigen Konfektionsfirmen als Macherlohn für Hosen 2 Mk. und 2.25 Mk. zahlen, während das Amt 3.50 Mk. gewährt. Der Gewinn ist rechnerisch groß und in einer Zeit der Not als verwerflich und empörend zu bezeichnen. Sollte Ihre Firma sich dieser schmutzigen Handlungsweise schuldig gemacht haben, so sieht sich das Amt genötigt, weitere Vergebung von Arbeiten an Sie einzustellen. Die Bestimmungen der Einlage müssen genau befolgt werden. Sollten irgendwelche Klagen nochmals nach hier gelangen, so wird Ihnen unnachsichtlich keine weitere Arbeit zugeteilt."

Bemerkenswert ist, daß das Magdeburger Bekleidungsamt als „angemessenen" Unternehmergewinn bei Anfertigung durch Heimarbeiter 10 Prozent, bei Herstellung der Bekleidungsgegenstände in der Werkstatt des Unternehmers 15 Prozent bezeichnet. Der Rest soll den Arbeitern als Verdienst zukommen. Möchte sich doch dieses soziale Verständnis überall und zu jeder Zeit geltend machen!

Bleistiftfabrik vorm. Joh. Faber A.-G., Nürnberg.

Die Generalversammlung beschloß auf Antrag des Aufsichtsrates aus dem Reingewinn von 673 946 Mk. gegen 684 746 Mk. im Vorjahr 450 000 Mk. im Hinblick auf die Unsicherheit der hohen Außenstände im feindlichen Ausland abzusetzen und eine Dividende von 5 Prozent gegen vorjährige 15 Prozent zu verteilen, wobei 43 946 Mk. als Vortrag bleiben. Der Aufsichtsrat und Vorstand verzichten auf die ihnen zustehenden Tantiemen. Wenngleich man im allgemeinen mit den Aktionären kein Mitleid zu haben braucht, so ist doch zu der starken Dividendenkürzung zu bemerken, daß es eben doch auch kleine Aktionäre gibt, die ihre Ersparnisse in Aktien von Industriegesellschaften angelegt haben und die gerade jetzt, da man von ihnen erwartet, daß sie ihren Verpflichtungen (Zinszahlungen für Mieten, Hypotheken usw.) pünktlich nachkommen, auf den Eingang ihrer Kapitalserträgnisse angewiesen sind. Solche kleine Aktionäre werden die starke Dividendenkürzung als Härte empfinden, zumal dafür keine zwingende Notwendigkeit vorliegt. Die Gesellschaft hat 14 Jahre hintereinander je 15 Prozent Dividende verteilt und bei 3,60 Mill. Mark Aktienkapital 1,34 Millionen Mark Reserven angesammelt. Ihre gesamten Außenstände betragen 1,35 Millionen Mark, von denen ein großer Teil auf das feindliche Ausland entfallen mag, aber gewiß doch nicht als vollständig verloren angesehen werden kann. Es erscheint deshalb fraglich, ob die Absetzung von etwa ein Drittel der Gesamtdebitoren nicht eine zu weit gehende Vorsichtsmaßregel ist, die schließlich mehr den vorerst noch nicht erkennbaren Interessen des Unternehmens und seiner Großaktionäre dient, als der überwiegenden Mehrzahl der kleinen Aktionäre. In der Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß die jetzige Betriebszeit etwa 40 Prozent der normalen Arbeitszeit beträgt. Der Eingang neuer Aufträge aus dem Inland und dem neutralen Ausland sei ziemlich lebhaft, so daß die Beibehaltung der jetzigen Betriebsausdehnung erwartet wird. Arbeiterentlassungen haben nicht stattgefunden. Die Steigerung der Vorräte in der Bilanz hänge damit zusammen, daß das Zederholz, ein für die Fabrikation der Gesellschaft wichtiges Material, immer schwerer in der gewünschten Qualität zu haben sei und die Preise stets Neigung nach oben aufweisen. Dies hat die Verwaltung veranlaßt, im vorigen Geschäftsjahre zu vorteilhaften Preisen Abschlüsse zu machen, die zur Folge hatten, daß die Zederholzvorräte einige 100 000 Mk. höher erschienen als im Vorjahre. Beigetragen hierzu hat allerdings der schon zu Anfang des Jahres 1914 einsetzende ruhigere Geschäftsgang, speziell nach Uebersee. Andererseits bieten die großen Lager den Vorteil, daß die Gesellschaft auch bei einer sich in die Länge ziehenden Kriegsdauer in dieser Hinsicht vollständig betriebsfähig bleiben könne, während beispielsweise zur Zeit des spanisch-amerikanischen Krieges, als die Gesellschaft nur knappe Vorräte von Zederholz besaß, geradezu phantastische Preise dafür bewilligt werden mußten, was der Gesellschaft empfindlichen Schaden verursachte. Es habe damals die Gefahr gedroht, den Betrieb in absehbarer Zeit stillegen zu müssen.

Soll unser Gewerkverein auch über die Kriegszeit hinaus lebensfähig erhalten bleiben, soll er wie so oft auch jetzt all unseren Freunden ein Helfer in der Not sein, dann ist es Ehrenpflicht aller in Arbeit und Verdienst stehenden Kollegen nun erst recht pünktlich ihre Beiträge zu zahlen. Wir alle müssen tun was in unseren Kräften steht, damit die später aus dem Felde heimkehrenden Kollegen noch eine gute Gewerkvereinsorganisation vorfinden. Darum wollen auch wir sein ein einig Volk von Brüdern.

In Treue fest!

Besonderer Mahnruf an die Kunden buchhändlerischer Ratengeschäfte.

Ein besonderer Zweig des Buchhandels ist der sogenannte Raten- und Versandbuchhandel. Er hat sich im Laufe der Zeit zu einer besonderen Stütze des Verlagsbuchhandels entwickelt, setzt er doch schätzungsweise jährlich etwa 30 Millionen Mark um. Die schwere Prüfung durch den Krieg, die so unerwartet über uns ergeht, legt diesen Geschäftszweig mit einem Schlage lahm. Nicht bloß hunderte, sondern tausende fleißiger Buchhandlungsreisenden wurden an einem Tage erwerbs- und brotlos, nicht minder wurden auch eine große Anzahl Angestellte im Innendienst sofort überzählig. Die Rateneingänge der Geschäfte gingen auf 10 bis 15 Prozent der sonst üblichen Summen zurück. Der Ratenbuchhandel hat ja in seiner heutigen Größe einen Krieg noch nicht erlebt, und es fehlt jeder Anhalt für die Zukunft.

Mußte aber der Sturz der Rateneingänge ein so vollständiger sein? Nein, sicherlich nicht! 85 bis 90 Prozent der Kunden sind nicht ins Feld gezogen. Man kann sich zwar ein einigermaßen genaues Bild nicht machen, da fortgesetzt noch Einberufungen erfolgen, die Kunden verteilen sich aber auf zu verschiedenen Alters- und Erwerbskreise, darunter auch reichlich weibliche, so daß sicherlich von den Ausfällen nur ein bescheidener Prozentsatz durch den Ruf zur Fahne gerechtfertigt ist. Die Teilzahlungen sind in der Regel so gering, oft nur 5 Pfg. auf den Tag berechnet, aber man hat beobachten können, daß zu Tausenden tatsächlich angesehene wohlhabende Bürger und gutbezahlte Beamte sich einfach über die Pflicht, die kleinen Zahlungen zu leisten, hinwegsetzen und Mahnungen wenig Verständnis entgegenbringen.

Der irrigen Meinung, durch den Kriegsausbruch sei eine Zahlungseinstellung oder Fristgewährung ohne weiteres gerechtfertigt, muß allseitig nachdrücklich entgegengetreten werden. Wer ohne Not solche kleine Beträge zurückhält, bedroht das Gebäude der Kreditwirtschaft und versündigt sich geradezu an unserer Volkswirtschaft, während der Staat sich erdenkliche Mühe gibt, sie zu festigen. Wir müssen mit dieser übertriebenen Angst, in deren Folge in unsinnigster Weise die Gelder zurückgehalten werden, brechen und alles daran setzen, um zu verhindern, daß wir eine wirtschaftliche Niederlage erleben. Wir müssen ein allgemeines Moratorium vermeiden, denn man kann sich sicherlich nicht ausdenken, in welcher Weise durch ein solches unsere weitverzweigte Kreditwirtschaft in ihren Grundfesten erschüttert werden würde.

Also sehe es ein Jeder als Ehrensache an, genau wie er seine Steuern, seine Miete und seine Handwerker am Ort bezahlt, auch seinem Buchhändler, selbst wenn er weit entfernt wohnt, in bisheriger Weise regelmäßig die so kleinen Beträge zu entrichten. Denke er ja nicht, daß gerade dieser die Gelder entbehren kann. Der Reise-Buchhändler verfügt ja überhaupt über keine anderen Werte als über seine Außenstände und muß es auch als seine nationale Pflicht betrachten, seinen Lieferanten gerecht zu werden. Gehen die Gelder weiter ein, so hilft ein jeder mit, daß die so schwer getroffenen Betriebe im Gange bleiben können, daß den im Felde Stehenden oder durch den Krieg selbst schwer Bedrohten der verdiente Zahlungsaufschub gewährt werden kann, daß alte treue Angestellte weitere Beschäftigung finden und die große Zahl erwerbsloser Reisenden, wenn sie kein anderes Fortkommen finden, soweit wie möglich unterstützt werden können.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. Der „Verein für Volksunterhaltungen" veranstaltet außer seinen regelmäßigen Abenden bis auf weiteres an jedem Sonnabend Volkskunstabende zu einem Eintrittspreis von 10 Pfg. in den Sälen folgender höherer Schulen: N.W. Bochumerstraße 8, O. Koppenstraße 76, W. Lützowstraße 84 c, S. Schleiermacherstraße 23, N.W. Dorotheenstraße 12, Charlottenburg; Schillerstraße 125. Diese Abende beginnen um 8 Uhr. Hervorragende Künstler, wie Frau Stolz-Premyslav, Herr Kammervirtuose Deckert, Frau G. Goetz-Levy, Frau Miete-Möller, Frau Seret-van Eyken, Frl. Josepha v. Elpons, Herr Matth. von Erdberg und viele andere haben bereitwilligst ihre Mitwirkung zugesagt. Wir können den Besuch dieser Volkskunstabende gerade in dieser ernsten Zeit nur aufs wärmste empfehlen.

Schwelm. Am Sonnabend den 3. Oktober hielten wir unsere Monatsversammlung ab. Vier unserer Mitglieder stehen im Felde und konnten wir mit der Zahl der Erschienenen zufrieden sein. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 6½ Uhr und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Protokoll, 2. Beitragszahlung und 3. Verschiedenes. Das Protokoll wurde, da der Schriftführer verhindert war, vom Vorsitzenden verlesen und für richtig befunden. Die Beitragszahlung war bereits vorher erledigt. Unter Verschiedenes wurde ein Schriftstück unseres Hauptvorsitzenden Kollegen Schumacher-Berlin verlesen und dazu einige Erläuterungen gegeben. Als dann noch einige innere Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung der ernsten Zeit wegen um 8 Uhr geschlossen.

Aus der Rechtsprechung.

Die Anbringung von Sonderschutzvorrichtungen an Maschinen.

Grundsätzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts.

Ein Arbeiter erlitt an einer Abrichthobelmaschine einen Unfall. Es wurde ermittelt, daß die Hobelmaschine noch mit der früher allgemein üblichen, aber jetzt als sehr gefährlich erkannten Vierkantmesserwelle ausgestattet war. Hierin erblickte der Genossenschaftsvorstand einen Verstoß gegen eine Bestimmung der Unfallverhütungsvorschriften, welche lautet: „Die Maschinen, Werkzeuge, Hilfswerkzeuge und Utensilien dürfen dem Arbeiter durch wahrnehmbar mangelhafte Beschaffenheit keine Gefahr bei ihrem Gebrauche bieten. Bezügliche Anzeigen des Personals sind mit tunlichster Beschleunigung zu erledigen." Nach Ansicht des Genossenschaftsvorstandes war die Maschine von wahrnehmbar mangelhafter Beschaffenheit. Dem Betriebsinhaber hätte durch die wiederholten Hinweise des Vorstandes auf die Unfallgefährlichkeit der Vierkantwelle und die anderseits gegen erhebliche Fingerverletzungen unbedingten Schutz bietende Rundwelle bekannt sein müssen, daß die Hobelmaschine den Anforderungen eines ausreichenden Unfallschutzes nicht entsprach.

Das Reichsversicherungsamt konnte, obwohl es die Bemühungen des Genossenschaftsvorstandes, die unfallgefährliche Vierkantwelle, soweit sie noch im Gebrauch ist, durch die Rundwelle zu ersetzen, anerkennt, diesen Ausführungen nicht beitreten. Die fragliche Bestimmung wurde in die zur Zeit gültigen, im Jahre 1902 genehmigten Bauvorschriften nur aufgenommen, um die Benutzung offenbar mangelhaft ausgeführter oder ausbesserungsbedürftiger Maschinen, deren Konstruktion an sich unbedenklich war, auszuschließen. Zudem war die runde Welle zur Zeit der Genehmigung der Vorschriften noch nicht in weiteren Kreisen bekannt, und ihre spätere zwangsweise Einlegung etwa aus der angeführten Bestimmung herzuleiten, ist aus diesem Grunde nicht angängig. Fordert der Genossenschaftsvorstand eine bestimmte Schutzvorrichtung auf Grund der Unfallverhütungsvorschriften, so muß diese Vorrichtung als solche darin auch vorgeschrieben sein. Eine allgemein die gute Beschaffenheit zur maschinellen Einrichtung fordernde Vorschrift reicht zur zwangsweisen Einführung ganz bestimmter Vorkehrungen nicht aus. Dementsprechend werden in den Unfallverhütungsvorschriften die notwendigen Schutzvorkehrungen für die maschinellen und sonstigen Anlagen stets im einzelnen aufgeführt. (Aktenzeichen I. 635/13. — Vergl. Breithaupt, Sammlung v. Entschdg. des R.V.A. rc., Jahrgang 1914, S. 154 ff.)

Organisationszugehörigkeit als Zeugnisvermerk ist unzulässig.

So hat, wie im „Recht des Angestellten" vor einiger Zeit berichtet wurde, das Oberlandesgericht Celle entschieden. Einem Maschinisten hatte die Firma ins Zeugnis geschrieben: „Seine Entlassung erfolgt wegen Betriebseinstellung, veranlaßt durch das

Verhalten des Zentralverbandes usw., dessen Mitglied X. ist." Der Maschinist klagte auf Ausstellung eines neuen Zeugnisses ohne diesen Satz, da dieser ihn in seinem Fortkommen hindern könne. Die beklagte Firma behauptete dagegen, daß kein Arbeitgeber an der Zugehörigkeit zum Verbande Anstoß nehmen würde. Er sei eine soziale Kampforganisation, der eine ähnliche der Arbeitgeber gegenüberstehe. Beide Verbände seien gewohnt, miteinander zu verhandeln und sich gegenseitig anzuerkennen.

Das Landgericht in Verden wies den Maschinisten mit seiner Klage zunächst ab. Dagegen entschied das Oberlandesgericht Celle, daß der Satz: „dessen Mitglied X. ist", zu streichen sei. Denn, so wurde in der Begründung des Urteils ausgeführt, die Beklagte habe zwar nicht dargetan und auch nicht behauptet, daß der Kläger irgendwie für die Betriebseinstellung verantwortlich sei. Seine Mitgliedschaft sei also für den Entlassungsgrund ohne Bedeutung. Es fehle auch sonst jedes berechtigte Interesse der Beklagten an der Angabe dieser Tatsache. Andererseits erscheine die Besorgnis des Klägers, jener Zusatz könne ihm schaden, auch dann gerechtfertigt, wenn dem Zentralverbande die weitaus größte Anzahl der Berufskollegen angehöre und wenn die Verbände der Arbeiter und Arbeitgeber gewohnt seien, miteinander zu verhandeln. Es liegt trotzdem nahe, daß mancher Arbeitgeber an einem solchen Zusatz Anstoß nimmt und deshalb von der Anstellung des Klägers absieht.

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentamt Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte kostenlos.

Angemeldete Patente:

Kl. 52a. D. 28578: Tisch für versenkbare Nähmaschinen. Margarete Dams, Charlottenburg, Hardenbergstraße 41. Angemeldet am 19. 3. 13.

Erteilte Patente:

Kl. 34g. 279401. Deckbetträger, bestehend aus einem über einen Kern zu schiebenden Haltekeil. The Brent Company, New-York. Angemeldet am 3. 6. 13.

Kl. 34l. 279264. Abstützvorrichtung für Leitern aller Art. Albert Koch, Charlottenburg, Berlinerstr. 12. Angemeldet am 30. 10. 13.

Kl. 34g. 279554. Zusammenlegbarer, aus voneinander abhebbarem Oberteil und Unterteil bestehender Klubsessel. Willi Heinemann, Berlin. Ang. am 17. 12. 13.

Kl. 34g. 279647. Vorrichtung zum Einstellen sich selbsttätig aufrichtender Rückenlehnen von Liege- und Sitzmöbeln, bei der eine Stellstange mittels Klemmzunge gehalten wird. Patent-Möbel-Fabrik „Primissima" Hermann Reinhold, Berlin. Angemeldet am 17. 12. 13.

Gebrauchsmuster:

Kl. 34g. 616264. Raumsparende Bettlade. Eduard Bordt, München, Tizianstr. 30. Angemeldet am 29. 6. 14.

Kl. 34g. 616268. Zerlegbare Lazarettbettstelle aus Holz. Wormser Möbelfabrik Gusdorf & Co., Worms-Hochheim. Angemeldet am 4. 9. 14.

Kl. 34g. 616638. Zugfedermatratze. Heinrich Ackermann, Berlin, Taborstraße 8. Angemeldet am 17. 4. 14.

Kl. 34i. 616737. Deckschienenanordnung für die Lochseite der senkrechten Tragpfosten, in welche die wagrechten Stützen der Zwischenplatten bei Schauschränken für Museumszwecke u. dgl. eingehängt werden. Aug. Kühnscherf & Söhne, Dresden-A. Angemeldet am 14. 8. 14.

Literarisches.

Einfache ländliche Familienhäuser schon für 2500 bis 3000 Mark ermöglichen es, die Innenkolonisation die Heranziehung ländlicher Arbeitskräfte, die Beschaffung von Wohnungen für Industriearbeiter erfolgreich durchzuführen, wie ein jetzt vorliegendes Vorlagenwerk beweist:

„Das ländliche Arbeiterwohnhaus". 120 Tafeln baureife Entwürfe für Landarbeiterwohnhäuser mit Stall im Preise von 3500—5000 Mk. Hervorgegangen aus dem Wettbewerb der Internationalen Baufachausstellung Leipzig 1913. Im Auftrage der Gesellschaft für Heimkultur e. V. (Sitz Wiesbaden) herausgegeben von Raymund Brachmann, Architekt B. D. A. in Leipzig. Preis, dauerhaft gebunden, 15.— Mk. Eine kleine Ausgabe mit 23 Tafeln ist für 4.80 (Porto 20 Pfg.) erhältlich. Heimkultur-Verlagsgesellschaft in Wiesbaden.

Dieses für das platte Land wichtige Werk enthält nur Häuser mit Stall usw. für 3500—5000 Mk., einschließlich Nebenanlagen, Gruben, Brunnen, Einfriedigung usw. zur Verbesserung der ländlichen Bauweise, einfache aber schöne Bauten, die sogar für mittlere Landwirtschaftsbetriebe als Unterlage dienen können. In einer dem Betonbau ähnlichen billigen Bauweise, dem Paetz'schen Lehmstampfbau (gleich dauerhaft wie Ziegelbau) sind sogar noch 40 bis 60 Prozent Ersparnisse beim Bau zu erzielen, wie die Praxis lehrt und deshalb muß jeder Landwirt, Gemeindevorstand, Arbeitgeber oder Baufachmann sich darüber unterrichten. Eine Schrift über den Lehmstampfbau liefert der Heimkulturverlag für 60 Pfg. franko. Die richtige Bauweise muß jeder Baulustige auf dem Lande kennen und damit für die Erhaltung eines schönen und einheitlichen Dorfbildes sorgen um für sich aber bedeutende Ersparnisse an Baukosten erzielen zu können.

* * *

Den im Gea-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 35, früher erschienenen Karten von den Kriegsschauplätzen ist jetzt die von Prof. W. Liebenow bearbeitete „Kriegskarte von Mittel-Europa im Maßstabe 1:2 000 000 nachgefolgt. Die Karte umfaßt in ihrer Ausdehnung die Gebiete zwischen Dover—Orleans im Westen und Grodno—Brest im Osten, Toulon im Süden, bis Helsingfors im Norden. Die Karte zeigt vielfarbig die einzelnen Staatengebilde, während die Festungen und Forts der Feinde und Neutralen durch ein scharfes Rot gekennzeichnet werden. Als Ergänzung der Hauptkarte werden außerhalb des Kartenbildes drei Nebenkarten gebracht, die in größerem Maßstabe die Britischen Inseln, das europäische Rußland, sowie Frankreich geschlossen zeigen. Die Karte ist ca. 104:80 Ztm. groß und ist trotz außerordentlich reicher Beschriftung leicht lesbar und verständlich. Zu dem billigen Preise von Mk. 1.— kann sie nur jedem empfohlen werden.

Amtliche Bekanntmachungen.

Zuschuß-Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Wir machen hierdurch bekannt, daß die auf der Generalversammlung im Juni 1914 beschlossenen Aenderungen unserer Satzungen am 1. September 1914 in Kraft getreten sind. Dadurch ist an der Höhe der Beiträge, der Krankenunterstützung und des Sterbegeldes nichts geändert worden. Wesentliche Aenderungen hat der Wortlaut der Satzungen auf Grund der vom Kaiserl. Aufsichtsamt geforderten Fassung erfahren. Eine ausführliche Besprechung der neuen Satzungen wird in der nächsten Nummer der „Eiche" erfolgen.

Für den Vorstand:

M. Schumacher, Vorsitzender. W. Zielke, Hauptkassierer.

Bekanntmachung der Sterbekasse des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands. Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.

Der Vorstand hat in seiner Sitzung am 13. Oktober den Beschluß gefaßt, daß auch für die im Kriege gefallenen Mitglieder das volle Sterbegeld gezahlt wird. Der § 10 der Satzungen bestimmt:

„Bei Mitgliedern, welche in das Heer oder die Marine eintreten müssen, ruhen während ihrer Dienstzeit alle Rechte und Pflichten . . ."

Durch den Nachtrag vom 25. November 1913 ist dem § 10 folgender Satz angefügt worden:

„Beim Tode, während des Ruhens der Versicherung wird, falls die Mitgliedschaft mindestens drei Jahre bestanden hat, ein Drittel der gezahlten Beiträge ohne Zinsen zurückgewährt."

Diese Bestimmungen werden durch obigen Beschluß für die Dauer des Krieges aufgehoben. Demnach steht den Angehörigen der im Felde gefallenen Mitglieder ein Anrecht auf das volle Sterbegeld zu, wenn die Beiträge auch während des Krieges weiter bezahlt werden und die vorgeschriebene Karenzzeit erfüllt ist.

Die Vertrauensleute (Ortskassierer) werden hierdurch aufgefordert, die Familien der eingezogenen Mitglieder zu informieren, damit diese sich durch Weiterzahlung des Beitrages für die Sterbekasse das Sterbegeld sichern.

M. Schumacher, Vorsitzender. W. Zielke, Hauptkassierer.

An die Ortsvereinsvorstände!

Der heutigen Eichesendung liegen Fragekarten bei, die von den Kassierern sofort auszufüllen und einzusenden sind. Gewissenhafte Beteiligung an derartigen Rundfragen ist Ehrensache aller Ortsvereine. Nur durch schnelle und vollkommene Einsendung der Fragekarten kann ein ergiebiges Resultat erzielt werden.

Zur dringenden Beachtung für die Ortsvereinsvorstände!

Die Uebermittlung des Verbandsorgans „Der Gewerkverein" an die Ortsvereinsvorstände erfolgt aus Anlaß des Krieges bis auf weiteres per Kreuzband. Die Pflichtexemplare des Organs werden nur an eine Adresse für jeden Ortsverein gesandt. Von dieser aus sind die Exemplare an die verschiedenen Empfänger regelmäßig und pünktlich zu verteilen.

Diejenigen Ortsvereinsvorstände, welche das Verbandsorgan noch nicht erhalten, haben umgehend die seiner Zeit übermittelte Karte an das Verbandsbureau einzusenden oder mittelst einer einfachen Postkarte eine Adresse zu melden, an welche das Verbandsorgan wöchentlich einmal gesandt werden soll. Diese Karte ist an den Unterzeichneten zu adressieren.

Mit kollegialen Grüßen!

Die Expedition des „Gewerkverein".

gez. F. Neustedt, Verbandssekretär,
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Briefkasten der Redaktion.

H. G. in B. Trotz der geschilderten Verhältnisse muß der bisherige volle Mietzins bezahlt werden, weil der Krieg nicht ohne weiteres Verträge bricht. Ist es nicht möglich, sich gütlich zu einigen? Sie können im Streitfalle Stundung bis zu drei Monaten beantragen. Die Rechtslage ist ja schon in der „Eiche" erläutert worden.

St. in U. Es ist richtig, sowohl der deutsche wie der christliche Holzarbeiterverband hat die Erhebung von Extrabeiträgen beschlossen. Unser Hauptvorstand hat bisher gleiche Beschlüsse nicht gefaßt.

Sterbetafel.

In den Monaten Juli bis einschließl. September 1914 sind nachstehende Mitglieder resp. Frauen des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands gestorben:

Stammrollen-Nr. der Verstorbenen	Name der Verstorbenen	Name des Ortsvereins	Gezahltes Begräbnisgeld: Ortsvereinskasse M.	Krankenkasse M.	Begräbniskasse M.
3739	J. Lauer	Nürnberg I	50	95	—
12848	Frau Kirschmick	Graudenz	—	—	180
2657	W. Weist	Görlitz	50	75	90
2475	W. Brückner	Fürth	50	120	—
4724	J. Drost	Stolp	50	—	—
4604	A. Blödorn	„	50	35	90
11	Frau Scholz	Berlin	—	—	180
3234b	„ Schneider	Laupheim	—	—	144
12672	P. Schinschky	Landsberg	—	55	—
10035	H. Momm	Duisburg	35	—	—
5851	H. Ernst	Staßfurt	50	—	90
2487	K. Gärtner	Freiburg	50	—	—
2841	W. Haßfeld	Hagen	50	75	—
459	A. Linke	Rudolstadt	—	35	—
500	Frau Brall	Thorn	—	—	144
4845	„ Mansolt	„	—	—	180
2[illegible]8	G. Milde	Festenberg	—	—	180
4434	A. Klippel	Magdeburg	50	55	—
11533	Frl. Gaab	Ansbach	25	55	—
8360	M. Butz	Bromberg	50	—	—
			560	600	1278

Ruhet in Frieden!

Berlin, den 12. Oktober 1914.

W. Zielke, Hauptkassier.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 43. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig.

Dieser Nummer der „Eiche" liegt die „Amtliche Beilage" bei, welche den Vorstandsmitgliedern sofort einzuhändigen ist.

Dieser Nummer der „Eiche" liegen die grauen Karten für das Kaiserl. Statistische Amt bei. Um pünktliche und vollzählige Einsendung derselben an das Hauptbüro wird besonders ersucht.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Kollegen und Kolleginnen!

Beachtet die Vorteile unserer **Zuschußkrankenkasse** und **Sterbekasse** des Gewerkvereins.

Auskunft erteilt und Aufnahmen nimmt entgegen.

Das Hauptbüro:
Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 222.

„Die Eiche"
Organ des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands
Jahrgang 1913
auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für unsere Mitglieder, Vereinsbibliotheken und Verbandsgenossen zum Preise von Mk. 3,50 einschließlich Porto zu beziehen durch die Expedition in Berlin NO, Greifswalder Straße Nr. 221—23.
Frühere Jahrgänge kosten nur Mk. 2,50 per Exemplar.

Die Deutschen Gewerkvereine im Strome des öffentlichen Lebens
von F. Barnholt.
Vorzüglich zur Agitation geeignet und den Ortsvereinen zum Vertrieb an die Mitglieder angelegentlichst empfohlen. Um den Verkauf zu fördern und für die Ortsvereine lohnend zu gestalten, haben wir den Preis wie folgt festgesetzt:
1 Stück . . . . . 0,10 M
25 „ . . . . . 2,00 „
50 „ . . . . . 3,50 „
100 „ . . . . . 6,00 „
Die Broschüre soll nicht blos an unsere Mitglieder, sondern auch an die Mitglieder der anderen Gewerkvereine und an sonstige Arbeiter verkauft werden. Bestellungen sind an das Hauptbureau, Berlin NO 55, Greifswalder-Str. 221/23, zu richten. Die Zusendung der Broschüre erfolgt portofrei gegen Voreinsendung des Betrages.

Berufsorganisation - Staatsbürgerpflicht
Der klar denkende Arbeiter und Angestellte erfüllt beide Pflichten, braucht beide Waffen zu seiner wirtschaftlichen und politischen Befreiung. Er liest und unterstützt deshalb auch
„Die Wacht"
Wochenschrift der liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung.
Schriftleitung: Arbeitersekretär Ant. Erkelenz.
Man bestellt bei der Post zum Preise von 1 Mark vierteljährlich oder beim Verlag L. Münz-Magdeburg, Katharinenstrasse 2—3.

Einheitliche Vereinsabzeichen.
Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die **Vereinsnadel** kostet das Stück **50** Pfg., **Manschettenknöpfe** das Paar **1** Mk., und werden dieselben — **nach Einsendung des Betrages an den Hauptkassierer Zielke** — sofort den Vereinen zugestellt.

Verlag und verantwortlich für die Redaktion: Fritz Barnholt, Ulm a. D., Meitherdtstraße 14, Telephon Nr. 1442. — Druck der Ulmer Zeitung A.-G. in Ulm a. D.